

Dirk von Selle

Gerechte Geldstrafe

Eine Konkretisierung des Grundsatzes der Opfergleichheit



BERLIN VERLAG
Arno Spitz GmbH



Nomos
Verlagsgesellschaft

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	13
Einleitung	17
A. Einführung in die Problematik	17
B. Überblick über den Gang der Untersuchung	19
C. Ausgeklammerte Fragenkreise	20
 Erster Teil	
Grundlagen	24
A. Das Tagessatzsystem	24
I. Funktionsweise des Tagessatzsystems	24
II. Notwendige Konkretisierungen	28
III. Begriffliche Vorklärungen	31
IV. Opfergleichheit und allgemeiner Gleichheitssatz	34
B. Der Begriff der Opfergleichheit in der Steuerwissenschaft und seine Übertragbarkeit auf die Geldstrafe	36
I. Herkunft des Begriffs der Opfergleichheit	36
II. Verbindungslinien zwischen Steuer und Opfergleichheit	37
III. Ausdifferenzierung der steuerwissenschaftlichen Begriffsbildung	39
IV. Verbleibende Gemeinsamkeiten und Übertragbarkeit auf die Geldstrafe	41

C. Opfergleichheitskonzeptionen in der Strafrechtsgeschichte	46
I. Anfänge	47
II. Einflüsse der Aufklärungszeit	49
1. Filangieri: Bemessung der Geldstrafe in Bruchteilen des Vermögens	49
2. Einflüsse der Filangierischen Konzeption auf Wissenschaft und Gesetzgebung	52
III. Wahlberg und die Idee einer individualisierenden Vergeltung	57
IV. Die Reformdiskussion um die Jahrhundertwende	59
1. Durchsetzung des Differenzierungsgedankens	59
2. Anleihen bei der Einkommensteuer	62
3. Frühe Kritik an der Übernahme steuerrechtlichen Gedankenguts	67
V. Weimarer Republik, NS-Zeit und StGB-DDR	68
VI. Reformdiskussion und Gesetzgebung in der BRD	70
D. Die Strafwirkung der Geldstrafe	74
I. Keine Gleichsetzung von Geldverlust und Strafwirkung der Geldstrafe	75
II. Folgerungen für die Zumessung der Geldstrafe	80
E. Zur Problematik von Gleichheitsargumenten	82
I. Verhältnis der Gleichen zu den ausgeschlossenen Ungleichen	82
II. Verhältnis der eingeschlossenen Gleichen untereinander	85
 Zweiter Teil	
Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Täters als Grenze seiner Belastbarkeit mit der Geldstrafe	89
A. Die Geldstrafe und ihre Ersatzmittel	90

I.	Die Ersatzfreiheitsstrafe	90
1.	Kritik der Ersatzfreiheitsstrafe als gleichheitswidrig	91
a)	Allgemeine Bewertungen	91
b)	Verfassungsrechtliche Bedenken	93
c)	Kriminalpolitische Einwände	95
2.	Die Ersatzfreiheitsstrafe in ihrer Funktion als Zwangsmittel	97
3.	Übelsäquivalenz von Geld- und Freiheitsstrafe bei gleichem Strafquantum?	98
a)	Strafartwahl nach der Stellenwerttheorie	99
b)	Stellungnahme	100
II.	Die gemeinnützige Arbeit	108
1.	Praktische Realisierbarkeit der gemeinnützigen Arbeit	109
2.	Unterschiede in der Strafwirkung von Geld- und Arbeitsstrafe	110
B.	Die Ausrichtung der Geldstrafe an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Täters	113
I.	Strafzumessung	114
1.	Gewichtung von Straftat und Geldstrafensumme	114
a)	Ablehnung des Mindesttagessatzes	115
b)	Stellungnahme	116
aa)	Schuldausgleich	116
bb)	Generalprävention	118
2.	Der notwendige tätereigene Unterhalt	122
a)	Problemaufriß und Streitstand	122
b)	Stellungnahme	124
aa)	Nettoeinkommensprinzip und Ersatzfreiheitsstrafe	124
bb)	Das Nettoeinkommen als Rechnungsgröße	126
cc)	Wirtschaftliche Überforderung im Einzelfall	129
dd)	Relativität von Einkommen und notwendigem Eigenunterhalt	131
ee)	Gibt es geldstrafenimmune Personen?	133
3.	Einkommensveränderungen	140

4. Stundung und Ratenzahlung	144
II. Strafvollstreckung	147
1. Nachträgliche Bewilligung von Zahlungserleichterungen	148
2. Weitere Vollstreckungsaufschübe	149
3. Beitreibung der Geldstrafe	150
4. Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe	152
 Dritter Teil	
Die Bemessung der Tagessatzhöhe nach dem tatsächlichen Konsumverhalten des Täters	154
A. Das Vermögen	155
I. Problemaufriß	156
II. Grundsätzliche Bedenken gegen eine Berücksichtigung des Vermögens bei der Zumessung der Geldstrafe	161
1. Das Verbot konfiskatorischer Strafen	161
a) Ungerechtfertigte Schlechterstellung vermögender Täter	162
b) Unvereinbarkeit mit freiheitlichem Strafrecht	163
c) Mißbrauchsgefahr	165
d) Verletzung des Persönlichkeitsprinzips	168
e) Die Vermögenskonfiskation de constitutione lata	173
2. Inkompatibilität der Vermögensberücksichtigung mit dem Tagessatzsystem	176
3. Praktikabilitätserwägungen	179
III. Die Berücksichtigung des Vermögensstandes bei der Bemessung der Tagessatzhöhe	181
1. Meinungsstand und Kritik	181
a) Zumutbarkeits- und Billigkeitserwägungen	183
b) Orientierung an der Größe und Liquidität des Vermögens	185
c) Differenzierung nach der sozialen Funktion des Vermögens	186
d) Ausschließung des der Einkommenserzielung dienenden Vermögens	188

e)	Verwendung steuerrechtlicher Bewertungsmaßstäbe und Berücksichtigung potentieller Vermögenserträge	189
f)	Verzicht auf eine an sich gebotene Senkung der Tagessatzhöhe	190
g)	Vermögensberücksichtigung ohne Substanzverlust?	191
2.	Eigener Standpunkt: Berücksichtigung des Vermögens nach Maßgabe der Täterdispositionen	193
B.	Die Erwerbsmöglichkeiten	196
I.	Problemaufriß	196
II.	Stellungnahme	199
C.	Schulden und verplante Mittel	205
I.	Problemaufriß	205
II.	Meinungsstand	206
III.	Stellungnahme	207
1.	Unterhaltsverpflichtungen	207
2.	Freiwillige Unterhaltsleistungen und andere familienbezogene Aufwendungen	211
3.	Schuldzahlungen und Aufwendungen im Interesse des Täters	213
4.	Tatfolgekosten	218
D.	Die Bedeutung des Nettoeinkommens	219
I.	Das herkömmliche Verständnis des Nettoeinkommensprinzips	220
II.	Kritik	221
1.	Gesetzeswortlaut und Gesetzgebungsgeschichte	222
2.	Fehleinschätzung des Begriffs der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	224
a)	Widersprüche bei der Behandlung des Vermögens, der Erwerbsmöglichkeiten und der Schulden	225

b) Sachwidrige Übernahme steuerrechtlicher Begründungszusammenhänge	226
III. Die Bedeutung des Nettoeinkommens als Indikator des individuellen Konsums	231
1. Interpretation der Regel-Bemessungsgrundlage des § 40 Abs. 2 Satz 2 StGB	232
2. Bestehende Ansätze einer Ausrichtung am individuellen Konsum	234
IV. Folgerungen	236
1. Naturalbezüge, Kostenersparnisse und Nutzungen des eigenen Vermögens	238
2. Lohnpfändungen	239
3. Einkünfte aus betrieblicher und freiberuflicher Tätigkeit	240
4. Steuern, Werbungskosten und Betriebsausgaben, Sonderausgaben	242
5. Pflichtversicherungs- und vergleichbare private Versicherungsbeiträge	244
6. Güterzuflüsse aus Veräußerungen, fällige Forderungen und Werterhöhungen eigenen Vermögens	246
7. Kindergeld	247
8. Ausbildungsförderung und -finanzierung	247
 Zusammenfassung und Ausblick	 249
A. Zusammenfassung	249
I. Ergebnisse	249
II. Begründungen und Folgerungen	250
B. Ausblick	263
 Schrifttumsverzeichnis	 266
Personen- und Stichwortverzeichnis	288